

Die sowjetische Informationspolitik nach Helsinki

Seit Mitte der sechziger Jahre hatte die KPdSU, hatte Generalsekretär Breschnew die „Verschärfung des ideologischen Kampfes“ zwischen der „sozialistischen“ und der „kapitalistischen“ Welt immer wieder erwähnt. Damals beunruhigten vor allem die Texte der Dissidenten und ihr Echo in der nichtkommunistischen Welt die sowjetischen Machthaber. Dann versetzten die tschechoslowakischen Reformkommunisten der KPdSU einen Schock, als sie von der Aufhebung der Zensur und freier Meinungsäußerung sprachen. Schließlich kam die sowjetische Kommunikationspolitik durch die KSZE-Akte von Helsinki (1. 8. 1975) in die Klemme. Denn nach der Unterzeichnung mahnt man vom Westen aus immer wieder an, was denn nun mit dem „freien Informationsfluß“ sei.

Einen neuen Akzent in diese Auseinandersetzung brachten die Forderungen von Dissidenten in der Sowjetunion nach Helsinki, die den Westen aufforderten, sich nicht durch sowjetische Drohungen einschüchtern zu lassen. Sacharow schrieb 1975: „Notwendig wäre ein freier Austausch von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen und Filmen.“ Damit drückte er aus, was viele Angehörige der sowjetischen Intelligenzija sich heimlich wünschten, auch wenn sie keine grundsätzlichen Gegner des Sowjetregimes waren.

Die Forderung nach einem freien Informationsfluß zwischen Ost und West verband sich nach Helsinki zunehmend mit der Diskussion über die Menschenrechte und deren Einhaltung in den „sozialistischen Staaten“. Westliche Massenmedien, Publizisten und Politiker stellten die Unterdrückung der Presse- und Informationsfreiheit in der Sowjetunion mehr und mehr als typisches Kennzeichen eines undemokratischen Regimes heraus, als einen Beweis für die Nichtexistenz von Menschenrechten, wie sie z. B. von den Vereinten Nationen proklamiert worden waren. Gerade die neue sowjetische Verfassung vom Jahr 1977 lieferte hierzu genügend Diskussionsstoff, wenn man die sowjetische Interpretation der Verfassung der Verfolgung der Dissidenten gegenüberstellte.

Uminterpretation der Beschlüsse – Gegenpropaganda

Das sowjetische Regime war durch die Folgen von Helsinki verschreckt. Zuerst versuchte man es mit einer Uminterpretation der Beschlüsse von Helsinki. Zwei sowjetische Autoren formulierten diese Auslegung folgendermaßen: „Un-

geachtet aller sozialpolitischen und ideologischen Unterschiede und sogar Widersprüche zwischen ihnen (den Unterzeichnern der Schlußakte von Helsinki) gelang es in Helsinki, allgemein akzeptable Prinzipien für den Austausch von Informationen und ein konkretes Programm für die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu vereinbaren. Entsprechend der Schlußakte muß die Verbreitung von Informationen basieren auf der Anerkennung der Souveränität aller Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Beachtung ihrer Gesetze und Rechte, und sie muß der Sache des Friedens und der gegenseitigen Verständigung unter den Völkern dienen.“¹ S. Losew, einer der beiden Verfasser des Textes, ist stellvertretender Generaldirektor der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS.

Deutlich hat Breschnew in seinen Ausführungen über die Ergebnisse der KSZE-Konferenz ausgedrückt, daß die sowjetischen Machthaber für die innere Ordnung in der Sowjetunion fürchten, wenn ein freier Informationsfluß die Sowjetbürger mit unzensurierten Nachrichten und Kommentaren konfrontieren sollte. Er unterstrich, daß es niemandem gestattet sein soll, „indem er sich auf diese oder jene Vorstellungen über den Charakter der Außenpolitik stützt, zu versuchen, anderen Völkern zu diktieren, wie sie ihre inneren Angelegenheiten ordnen sollen“². Diese sowjetische Uminterpretation – Souveränität bedeutet Nachrichtenkontrolle – der Schlußakte von Helsinki liegt bis heute allen sowjetischen Angriffen auf einen freien Informationsfluß zugrunde.

Gleichzeitig betonte man, daß die Sowjetunion selbstverständlich am Informations- und Kulturaustausch interessiert sei, jedoch könne man keinesfalls die Verbreitung von Kriegshetze, Rassismus, Pornographie usw. zulassen. So heißt es in einer sowjetischen Veröffentlichung zum Thema „Friedliche Koexistenz und ideologischer Kampf“: „Die Länder des Sozialismus sind keine ‚Geschlossene Gesellschaft‘, die dem Kontakt mit anderen Völkern aus dem Wege geht, wie die bourgeoise Propaganda versichert. Wir sind offen für alles Wahre, Ehrliche. Aber die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Staaten können bei sich die Verbreitung von bourgeoiser Pseudokultur, lügnerischer antisowjetischer Information nicht zulassen, denn das widerspricht den kommunistischen Idealen und ethischen Normen. Unsere Gesetze verbieten die Propaganda von Krieg, rassischem, nationalem Haß und Hader.“³

Die Uminterpretation der Schlußakte von Helsinki hatte im Westen nicht den gewünschten Erfolg. So begann die „Konterpropaganda“ nach einer ersten Phase der Unsicherheit mit hysterischen Vorwürfen, der Westen mische sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ein und blocke so den Entspannungsprozeß ab. Diese Vorwürfe sind Leitlinie und Rahmen für die sowjetische Konterpropaganda, die zeitlich gesehen in drei Stufen aufeinanderfolgte, wobei natürlich die Argumente und Vorwürfe der vorherigen Stufe nicht aufgegeben wurden.

Zuerst wies man entrüstet die westlichen Vorwürfe zurück, daß es keinen freien Informationsfluß von West nach Ost gebe. Dann beschuldigte man den „kapitalistischen Westen“, den freien Strom von Informationen aus den sozialistischen Staaten zu unterbinden und zu behindern. Und schließlich konzentrierte man sich auf die Behauptung, in den „kapitalistischen“ Staaten würden die Menschenrechte mißachtet. Das Thema „Desinformation“ der Bürger „kapitalistischer“ Staaten wurde damit zu einem (unter vielen) „Beweisen“ für die Behauptung, daß unter der Herrschaft des Monopolkapitals keine wahre Demokratie existiere.

Die Zahl der sowjetischen Veröffentlichungen zu diesem Thema ist unüberschaubar geworden. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Buchverlage ließen in der Sowjetunion keine Woche vergehen, in der nicht Äußerungen von Publizisten und Funktionären den Sowjetbürgern klarmachten, daß allein sie über die wahre Presse- und Informationsfreiheit verfügten, daß der „kapitalistische“ Westen weder diese Freiheiten noch die Menschenrechte wahre.

Eine logische Folge dieser Gegenpropaganda war, daß sich in den sowjetischen Massenmedien die Darstellung der „kapitalistischen“ Welt wieder weitgehend auf Negativbeispiele und gröbste Verzerrungen beschränkte, die alle der einen These dienten: Im Kapitalismus gibt es keine Menschenrechte, sondern nur Ausbeutung und Lüge. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die Massenmedien der DDR wurde diese These auch auf die Bundesrepublik Deutschland angewendet. Einer der ständig wiederholten Vorwürfe lautete dabei, daß sie durch die Sendungen der „Deutschen Welle“ und die Zulassung „amerikanischer Hetzsender“ auf ihrem Territorium die Entspannung behindere.

Erst nach der Ankündigung des Besuchs von Staats- und Parteichef Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland änderte sich innerhalb kurzer Zeit das Bild der Bundesrepublik in den sowjetischen Medien. Auf einmal traten wirtschaftliche, technische, industrielle Leistungen wieder in den Vordergrund. Fast in jedem Bericht wurde betont, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Besuch Breschnews begrüße. Welche Auffassung man von Informationspolitik in Moskau hatte, geht aus dem Fernsehtext Breschnews hervor. Er wurde vor der Abreise aus Moskau aufgenommen und enthielt bereits die zuversichtliche Behauptung, wie nützlich und erfolgreich die Gespräche gewesen seien – bevor man sich überhaupt begegnet war.

Was von den sowjetischen Behauptungen zu halten ist, daß die westlichen Staaten den freien Informationsfluß behindern, haben Wissenschaftler und Publizisten klar herausgearbeitet, vor allem G. Wettig in seinem Buch „Der Kampf um die freie Nachricht“ (Zürich 1977). P. Hübner schrieb vor der Belgrader KSZE-Folgekonferenz über die neuen sowjetischen Äußerungen zur Menschenrechtsproblematik: „Die propagandistische Argumentation richtet sich eindeutig an die sowjetische Bevölkerung, in der sie nonkonforme Informationen über

Menschenrechte in Ost und West neutralisieren bzw. durch Desinformation ersetzen soll . . . Die in der Hauptsache nach innen gerichtete propagandistische Argumentation erfüllt auch einen außenpolitischen Zweck: Sie richtet sich indirekt an westliche Entspannungspartner und soll bei ihnen durch das Vorführen der gegebenenfalls gegen den Westen richtbaren Vorwürfe deren Befürchtung bestärken, daß die UdSSR in Belgrad durchaus zu einer Konfrontation und zu einem Abbau der Entspannung bereit sein könnte, falls der Westen die UdSSR kritisieren sollte.“⁴

Es gelang der Sowjetunion, auf der Belgrader Konferenz einen Schlußtext zu verhindern, der das Problem der Menschenrechte (damit auch der Presse- und Informationsfreiheit und des Informationsflusses) herausstellte. Der Leiter der sowjetischen Delegation in Belgrad, Ju. Woronow, erklärte in einem TASS-Interview: „Wie bekannt haben die Delegation der USA und einige von den Gesinnungsgenossen aus der NATO von den ersten Tagen des Belgrader Forums an und im Verlauf seiner ganzen Arbeit ihre Anstrengungen darauf gerichtet, die Begegnung in ein Instrument des kalten Krieges umzufunktionieren, sie in ein Feld ideologischer Zusammenstöße zu verwandeln. Statt sich einzusetzen für die Festigung des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens unter den Staaten und Völkern Europas, bemühten sie sich, Zwietracht und Mißtrauen zu säen, indem sie für diese Ziele einen umfangreichen Propagandaapparat mobilisierten . . . Diese Versuche sind jedoch, wie bekannt, vollständig gescheitert. Einen Schatten auf die Praxis des realen Sozialismus werfen – wo der werktätige Mensch im Mittelpunkt der Sorge von Staat und Gesellschaft steht –, kann man tatsächlich nur, wenn man jedes Gespür für die Realität verloren hat . . .“⁵

Sowjetische Forderungen und Vorschläge

Konkret möchte die Sowjetunion:

1. eine völkerrechtlich verbindliche Regelung, daß der Nachrichtenstrom aus dem Ausland durch ein eigenes RegierungsfILTER laufen muß; 2. ein Verbot von Rundfunk- und Fernsehsendungen, die grenzüberschreitend und unkontrolliert die Bürger „sozialistischer“ Staaten gefährden könnten; 3. ein informationspolitisches Verhalten der „kapitalistischen“ Länder, das etwa dem der sozialistischen Bruderländer entspricht, zumindest aber dem der finnischen Massenmedien.

Die Sowjetregierung hat in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder gegen Rundfunksendungen aus dem Ausland protestiert, die in Sprachen der Völker der Sowjetunion ausgestrahlt wurden. Sie hat diese Sendungen ganz oder zumindest zeitweise durch Störsender behindert. Als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“, „Diversion“, „Gift“, „Elektronischer Imperialismus“ werden vor allem die Sendungen von folgenden Sendern bezeichnet: „Radio

Liberty“, „Voice of America“, „Deutsche Welle“, „BBC“ (London). Dies gilt aber auch der „Stimme Israels“ und den „Religiösen Funkzentren im System des klerikalen Antikommunismus“, d. h. allen religiösen Sendungen, die für Bürger der Sowjetunion im Ausland ausgestrahlt werden.

Nicht erwähnt wird dabei, daß die Sowjetunion in den zwanziger Jahren damit begonnen hat, den Rundfunk als grenzüberschreitendes Propagandamedium einzusetzen und sich keinem Einwand anderer Staaten zugänglich zeigt. Bis heute strahlen sowjetische Sender in alle Erdteile Sendungen aus, die nicht nur die eigenen Errungenschaften verkünden, sondern sehr konkret und hart Kritik an der Innen- und Außenpolitik anderer Staaten üben.

Im April/Mai 1976 wurden pro Woche mehrsprachige Auslandssendungen nach allen Weltteilen in folgendem Sendevolumen ausgestrahlt: Sowjetunion 2000 Stunden, 50 Minuten (in rund 70 Sprachen); Volksrepublik China 1366 Stunden, 35 Minuten; USA (Voice of America) 792 Stunden; Großbritannien (BBC External Services) 698 Stunden, 35 Minuten; Bundesrepublik Deutschland 601 Stunden, 50 Minuten.

Als 1972 bekannt wurde, daß die USA bald in der Lage sein würden, durch Fernsehsatelliten Bildschirme in anderen Ländern zu erreichen, wandte sich der sowjetische Außenminister Gromyko an den UN-Generalsekretär und forderte eine internationale Konvention. Sie sollte derartige Übertragungen nur bei „klar ausgesprochenem Einverständnis des betroffenen Landes“ erlauben. Auf der UNESCO-Konferenz in Nairobi hat die Sowjetunion 1976 versucht, gemeinsam mit anderen Ostblockstaaten, unterstützt von einigen Ländern der Dritten Welt, eine Deklaration durchzusetzen, die den Nachrichtenfluß einer staatlichen Kontrolle unterwerfen soll. Die Bundesregierung hat damals durch Staatssekretär Hermes vor einem solchen Eingriff in die Presse- und Informationsfreiheit gewarnt. Der von der Sowjetunion gewünschte Beschluß kam nicht zustande.

Daß die Sowjetunion bei ihren Bemühungen von sozialistischen Bruderländern unterstützt wird, ist nicht erstaunlich. In diesem Zusammenhang muß aber auch ein Vorschlag von Korobeinikow in der Zeitschrift „Internationales Leben“ erwähnt werden. Er schlug für das Informationsverhalten das Modell Finnland vor. Nun ist es kein Geheimnis, daß die finnischen Massenmedien sich, auf Grund des Einflusses der Sowjetunion, Zurückhaltung auferlegen müssen und das finnische Fernsehen selbstverständlich niemals wagen könnte, eine „antisowjetische“ Sendung auszustrahlen, zumal in Estland die finnischen Sendungen empfangen werden.

Korobeinikows Vorschlag ist zwar nicht weiter vertieft worden, aber einige Wissenschaftler der Universität Tampere (Finnland) unterstützen die sowjetischen Forderungen nach einer „neuen Informationsordnung“. Die beiden finnischen Wissenschaftler Nordenstreng und Varis z. B. loben in einem Artikel, daß auf einer UNESCO-Konferenz des Jahres 1974 die Delegierten der sozialisti-

schen und Entwicklungsländer „unterstrichen haben, daß die Idee vom ‚freien Fluß (der Informationen)‘ eindeutig veraltet ist und daß man sie von der Position der gegenwärtigen politischen Entwicklung aus dem vergangenen Jahrhundert zurechnen muß. Dieses Urteil über die Doktrin des ‚freien Flusses‘, diese Ablehnung ist ausschließlich möglich geworden dank der Veränderung der Kräfte im Weltmaßstab zugunsten des Sozialismus, dem zweifellosen Anwachsen des Einflusses der internationalen antiimperialistischen Bewegung.“⁸

Ein taktisches Manöver der Sowjetunion

Der sowjetische Kampf gegen einen freien Informationsfluß und den Einfluß westlicher Massenmedien gilt zuerst dem Schutz und der Abschirmung der sowjetischen Bevölkerung und der Völker der sozialistischen Bruderländer. Er wird jedoch gleichzeitig geführt, um den Einfluß westlicher Massenmedien und Nachrichtenagenturen in der ganzen Welt zurückzudrängen. Die staatliche Nachrichtenagentur TASS ist unter diesem Gesichtspunkt zur Weltagentur gemacht worden. Aber ihre mangelhafte Aktualität und Zuverlässigkeit hat ihr nur dort Einfluß verschafft, wo ihr die „antiimperialistische, antikolonialistische, antikapitalistische“ Einstellung einer Regierung eine Sonderrolle einräumte. Immerhin stellte eine UNESCO-Untersuchung in den sechziger Jahren fest, daß TASS für 30 Prozent der Weltbevölkerung die einzige Nachrichtenquelle sei. Seit 1961 ergänzt die sowjetische Agentur NOWOSTI (APN) das Angebot von TASS in der Welt durch geschickt aufgemachte Auslandspropaganda, eigene Publikationen, Ausstellungen usw.

Die Sowjetunion hat es verstanden, ihre Bemühungen um die Zurückdrängung westlicher Nachrichtenagenturen mit dem Bestreben einiger Entwicklungsländer zu verknüpfen. Das Problem, wie eine bessere Informationsordnung in der Welt erreicht werden kann, war bereits 1946 von den Vereinten Nationen aufgegriffen worden. Der Sozialrat entwarf seinerzeit eine Reihe von Grundsätzen: Informationsfreiheit, freier Zutritt zu allen Nachrichtenquellen, Verbot der Zensur, Herauslösung der Nachrichtenorganisationen aus der Hand des Staats oder der Interessenten, Umwandlung in treuhänderische Organisationsformen, internationale Berichtungspflicht. Alles Bemühen der Vereinten Nationen, eine „Charta für die Rechte und Pflichten der Informationsorgane“ durchzusetzen, war damals – trotz vieljähriger Bemühungen – am Widerstand der Sowjetunion gescheitert.

In den sechziger und siebziger Jahren wurde das Thema unter einem neuen Gesichtspunkt aktuell. So forderte z. B. die Katholische Weltunion der Presse (UCIP), daß dem meinungsbildenden Strom von Nord nach Süd ein ebenso starker Nachrichtenstrom in umgekehrter Richtung entsprechen müsse⁹. Die Schwie-

rigkeit beruht allerdings darin, daß zahlreiche Entwicklungsländer weder finanziell noch technisch in der Lage sind, entsprechende Agenturen ins Leben zu rufen.

Das ist jedoch nur die eine Seite des Problems. In zahlreichen Ländern der Dritten Welt herrscht keine Presse- und Informationsfreiheit. Und es scheint so, als wären gerade jene Staaten, die ihren Bürgern diese Rechte nicht gewähren, daran interessiert, durch eigene Agenturen ein Nachrichtenmonopol einzurichten, das ihnen außerdem noch die Möglichkeit zur Auslandspropaganda in die Hand gibt. So stellte der Jahresbericht 1977 des Internationalen Presse-Institutes in Zürich fest, daß zahlreiche Zwischenfälle in Uganda aus Marshall Idi Amin einen Meister der „manipulateurs de la presse 1977“ gemacht haben¹⁰.

Diese Situation macht sich die Sowjetunion zunutze, wenn sie so auftritt, als würde sie die Interessen der einstigen Kolonialvölker vor der Weltöffentlichkeit vertreten. Die Weltorganisation der Journalisten „IOJ“, eine von Moskau abhängige Organisation, und ihre in Russisch, Französisch, Englisch und Spanisch erscheinende Zeitschrift „Demokratischer Journalist“ unterstützt diese Bestrebungen mit Argumenten, wie wir sie bereits von den beiden finnischen Wissenschaftlern gehört haben.

Die Bemühungen der Länder der Dritten Welt bzw. der blockfreien Länder, ihre eigenen Informationen verstärkt zu verbreiten und sich dafür eigene Apparate zu schaffen, wurden vorangetrieben durch eine Reihe von Konferenzen: 1973 in Algier, 1975 in Lima, 1976 in Neu-Delhi, 1976 in Colombo. Die Deklaration von Neu-Delhi forderte einen ausgewogenen gegenseitigen Nachrichtenfluß, eine Befreiung der eigenen Medien vom „kolonialen Erbe“, eine enge Zusammenarbeit der eigenen Agenturen. Die Abwehrhaltung galt eindeutig den „Zentren des Westens“. In Neu-Delhi beschlossen die Minister, einen Pool der Presseagenturen der nichtblockgebundenen Länder zu schaffen.

Auf der 19. Generalkonferenz der UNESCO in Nairobi (1976) wurde das Thema erneut aufgegriffen, nun durch die Vereinten Nationen. Wie bereits erwähnt, lag der Konferenz ein von den Ostblockländern und den Ländern der Dritten Welt entwickelter Deklarationsentwurf vor, der nach westlicher Auffassung den freien Austausch von Informationen unter staatliche Aufsicht gestellt hätte. Er kam nicht zustande.

Erneut wurde das Thema auf der 2. Konferenz arabischer und europäischer Nachrichtenagenturen in Konstantinopel und auf einem internationalen Symposium von Journalisten und Leitern von Nachrichtenagenturen in Florenz (1977) diskutiert. Mit Genugtuung stellten die sowjetischen Vertreter fest, daß in Florenz der tunesische Informationsminister die westlichen Agenturen hart kritisierte. Zwei sowjetische Medienfunktionäre stellten anschließend befriedigt fest: „Es war bezeichnend, daß die Journalisten aus den Entwicklungsländern – bei der Behandlung der führenden Nachrichtenagenturen – auf dem Symposium

in Florenz besonders unterstrichen, daß ihre Kritik nicht den Agenturen der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer gilt, die umfangreich und wohlwollend das Leben der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beleuchten.“¹¹

Daß die Sowjetunion ihre Taktik in dieser Richtung weiter verfolgen wird, läßt sich aus dem eben angeführten Artikel „Gegen das Joch der Monopole“ entnehmen, wenn es dort heißt: „Die Arbeit zur Verwirklichung neuer, wahrhafter, den Situationen des heutigen Tages entsprechender Prinzipien und Normen für die internationale Verbreitung von Informationen hat erst begonnen. Voraus liegt ein harter, dorniger Weg, der bewältigt werden muß gegen den verbissenen Widerstand des Imperialismus. Eine der Hauptvoraussetzungen für den Erfolg ist Steigerung der Aktivität der progressiven Kräfte, der Journalisten und ihrer Berufsorganisation in diesem Kampf, weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Nachrichtenagenturen, Massenmedien und Journalisten der sozialistischen und der Entwicklungsländer.“ Im Klartext bedeutet das, die sowjetischen Agenturen und die Agenturen der sozialistischen Bruderländer sollen jene Rolle einnehmen, die heute von den westlichen Weltagenturen eingenommen wird.

Information und öffentliche Meinung

In der Sowjetunion hat sich an der Zuteilung von Nachrichten, z. B. durch geheime Sonderdienste der TASS, nach Helsinki nichts geändert. Obwohl die sowjetische Führungsspitze über zahlreiche Informationen verfügt, die dem Durchschnittsbürger unbekannt sind, ist sie über zahlreiche Probleme im eigenen Land mangelhaft informiert. Denn auf dem Informationsweg nach oben beseitigt jede Instanz verständlicherweise jene Informationen, die ihr selber schädlich sein könnten. Die Machthaber sind sich jedoch darüber klar, daß das Regime nur bei ausreichender Information der Spitze funktionieren kann. Da es keine freie öffentliche Meinung gibt, hat das System versucht, mit Hilfe der Meinungsforschung zusätzliche Informationen als Führungshilfe zu gewinnen.

Informationen erwartet man auch und vor allem aus Leserbriefen. Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU sagte Breschnew: „Eine der wichtigsten Formen des Kontakts unserer Partei und ihres Zentralkomitees mit den Massen sind die Briefe der Werktätigen.“ 1977 verkündete das ZK einen besonderen Erlaß „zur weiteren Verbesserung der Arbeit mit den Briefen der Werktätigen im Licht der Entscheidungen des XXV. Parteitags der KPdSU“. Es braucht nicht näher erläutert zu werden, daß jeder Sowjetbürger, der einen Leserbrief schreibt, sich jene Selbstbeschränkung auferlegt, die er für die Selbsterhaltung für notwendig

hält. Dasselbe gilt von der immer wieder geforderten „Kritik und Selbstkritik“. Das heißt, der Informationszuwachs aus den Briefen kann kaum ausreichen.

Das System steht sich bei der Lösung des Problems selber im Weg. Nach wie vor gelten die Zensurbestimmungen, die gewisse Vorkommnisse tabuisieren. Das kann einen Flugzeugabsturz betreffen; oder die Zahl der Erdbebenopfer in der Sowjetunion oder Ausschreitungen, wie sie sich nach einem Fußballspiel am 10. Oktober 1977 in Wilna ereigneten. Die Zensurvorschriften umfassen eine ganze Kette von Tabus, angefangen mit dem Verbot, über die Zensur etwas zu berichten, bis hin zu Angaben über die Zahl der vernachlässigten Kinder. Die Zensurinstitution GLAWLIT ergänzt die Tabuliste durch regelmäßige Zirkulare. Im sowjetischen Journalistenjargon heißen sie „Talmud“.

Völlig unerwünscht sind natürlich die Meinungen und Äußerungen von Dissidenten, die teilweise auch in offenen Briefen an die Führungsspitze gerichtet sind. Ihr Verbreitungsgrad ist sicherlich gering, solange die Texte nicht ins Ausland gelangen. Der russische Philosoph A. Sinowjew hat im Samisdat den Roman „Klaffende Höhen“ veröffentlicht. Er spielt im Phantasieland Ibansk – gemeint ist die Sowjetunion. An einer Stelle des Romans wird die Frage gestellt, wie man Angehörige und Freunde am schnellsten informieren könne. Die Antwort lautet: Wende dich an einen ausländischen Korrespondenten, der in Moskau arbeitet. Am nächsten Tag ist ganz Ibansk informiert.

Angesichts dieser Informationspolitik ist es nicht erstaunlich, daß ein gut Informierter, der nicht zum Kreis jener gehört, die offiziell intern informiert werden, bereits als verdächtig gilt. Max Frisch schreibt in seinem Vorwort zu Kopelews Buch „Verbietet die Verbote“: „Wer gut informiert ist, gilt hier (in der Sowjetunion) als Außenseiter, auch wenn er sich zu Marx und Lenin bekennt und zu den Richtlinien des letzten Parteitages; er ist schon verdächtig, weil er, im Gegensatz zum Volk, informiert ist.“¹²

Die fortgesetzten Einschüchterungsversuche behindern den unerwünschten Informationsfluß. Man droht, verhaftet, urteilt ab, sperrt in psychiatrische Kliniken, wenn „staatsgefährliche Informationen“ in Umlauf gesetzt werden. Der Versuch der Intelligenzija, sich eine eigene Meinung zu bilden, wird dadurch behindert, aber er ist nicht beendet worden. H. Brahm kommt in einer Untersuchung zu dem Ergebnis: „Wenn es auch in der Sowjetunion von heute keine publizierte öffentliche Meinung gibt, so ergibt sich doch aus den verschiedenen Stimmen, die sich zur China-Frage geäußert haben, daß zum mindesten die sowjetische Intelligenzija dabei ist, sich jenseits der sowjetischen Zeitungsinformationen eine eigene Meinung zu bilden.“¹³

Das Thema „öffentliche Meinung“ beschäftigt nicht nur die Parteifunktionäre, sondern auch die Wissenschaftler in der Sowjetunion. Sowjetische Veröffentlichungen gehen wie selbstverständlich von der Behauptung aus, daß die offiziell veröffentlichte Meinung identisch sei mit der Meinung der Bevölkerung.

Aber selbst der überzeugteste Funktionär ist sich klar darüber, daß das nicht stimmt. Mit Besorgnis registriert man, besonders bei Jugendlichen, einen ausgesprochenen Zynismus. Gerade in den letzten Jahren zeigen sowjetische Untersuchungen, daß das bisherige System der Meinungslenkung und der Informationspolitik nicht effektiv genug ist.

Das durchbrochene Informationsmonopol

Natürlich gehen die Informationen in der Sowjetunion durch das Filter der Nachrichtenagentur bzw. der Zensur. Nichts darf gemeldet werden, was die Überlegenheit des sozialistischen Systems in Frage stellen könnte. Und wenn eine kritische Kampagne läuft, die sich mit Mißständen im eigenen Bereich befaßt, dann ist sie von oben befohlen, so z. B. die langanhaltende Kampagne gegen die verheerende Trunksucht in der Sowjetunion.

Informationen über bürgerliche Staaten werden einmal nach der Ideologie aufbereitet, zum anderen nach den augenblicklichen Beziehungen zu den „kapitalistischen“ Staaten. Der Meinungsschwenk gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, aus Anlaß des Besuchs von Breschnew in Bonn, ist ein Musterbeispiel dafür. Unverändert bleibt jedoch im Hintergrund immer die These bestehen, daß die „kapitalistischen Staaten“ Hort der Ausbeutung sind, dem Untergang geweiht. Fast noch schwieriger ist jedoch die Nachrichtenverarbeitung von Informationen, die z. B. den Eurokommunismus betreffen. Selbst die absurdesten Verfälschungen lassen ein Körnchen Wahrheit erkennen, zumal Sowjetbürger es gelernt haben, zwischen den Zeilen zu lesen.

Das Informationsmonopol der Sowjetunion ist jedoch durch die Rundfunksendungen aus dem Ausland durchbrochen. Und die ausländischen Touristen sind nicht nur erwünschte Devisenbringer, sondern auch im Besitz von Informationen, die ihnen von wißbegierigen Sowjetbürgern beharrlich abgefragt werden. Schon der Katalog eines westlichen Versandhauses birgt eine Fülle von Informationen über den Lebensstandard in einem „kapitalistischen“ Land. Die Programme von „Radio Liberty“ sollen im Lauf eines Monats etwa von 30 bis 40 Millionen Sowjetbürgern gehört werden. Zwar werden „Radio Liberty“ und die „Stimme Israels“ stark gestört, so daß sie nur in ländlichen Gebieten zu hören sind. Aber ohne besondere Schwierigkeiten kann man „Voice of America“, die „Deutsche Welle“ und „BBC“ hören.

Ein Schweizer Journalist berichtete kürzlich, wie plötzlich im Wartesaal des Leningrader Bahnhofs in Moskau über Lautsprecher die „Stimme Amerikas“ zu hören war. Der Beamte hatte offensichtlich für seinen Eigenbedarf den Auslandssender eingestellt und vergessen, den Lautsprecher für das Publikum auszuschaalten. Die sowjetischen Machthaber werden es in Zukunft nicht leichter

haben. Es sei denn, es gelingt der Sowjetregierung, Vereinbarungen zu schließen, die den freien Fluß von Informationen durch Staatsfilter pressen. Damit wäre die KSZE-Akte zum Fetzen Papier gemacht.

ANMERKUNGEN

¹ J. Kašlev, S. Losev, Protiv gnetā monopolij, in: Žurnalist Nr. 11 (1977) 77.

² V. Korobejnikov, Duchovnoe obščenie, obmen informaciej, ideologičeskaja bor'ba (Moskau 1976) 133.

³ M. Očkov, Mirnoe sosuščestvovanie i ideologičeskaja bor'ba (Moskau 1976) 159.

⁴ P. Hübner, Analyse sowjetischer Äußerungen zur Menschenrechtsproblematik. Bericht des Bundesinstituts, Köln, Nr. 59 (1977) 5.

⁵ Pozitivnye itogi Belgradskoj vstreči, in: Izvestija, 10. 3. 1978.

⁶ W. Boelcke, Die Macht des Radios (Frankfurt 1977) 561.

⁷ V. Korobejnikov, Čto skriyvaetsja za koncepciej „svobody informacii“, in: Meždunarodnaja Žizn, Nr. 1 (1976) 103.

⁸ K. Nordenstreng, I. Varis, Za novy informacionny porjadok, in: Demokratičeskij Žurnalist, Nr. 9 (1977) 6.

⁹ Informationen der Gesellschaft der Kath. Publizisten, Köln, Nr. 3 (1978) 3.

¹⁰ UCIP-Informationen, Nr. 1 (1978) 5.

¹¹ S. Anm. 1.

¹² L. Kopelew, Verbieta die Verbote (Hamburg 1977) 16.

¹³ H. Brahm, Sowjetische Intellektuelle über die „chinesische“ Gefahr. Bericht des Bundesinstituts, Köln, Nr. 60 (1977) 3.